

Schorndorfer
Nachrichten
31.05.2024

Die Musikschule steht unter Druck

Nach dem Herrenberg-Urteil: Wenn die Kommunen nicht dauerhaft deutlich mehr Geld geben wollen, muss sich die Jugendmusikschule verändern

VON UNSEREN REDAKTIONSMITGLIEDERN MICHAELA KÖBL, FRANZISKA LEMOINE UND REINHOLD MANZ

Rund um Schorndorf.

Als Folge eines Gerichtsurteils braucht die Schorndorfer Musikschule von ihren Mitgliedskommunen deutlich mehr Geld. Die tragen das alle mit. Vorerst zumindest. Aber es wird auch deutlich, dass die Gemeinden wohl nicht so einfach bereit sind, dauerhaft viel mehr für den Betrieb der Musikschule zu zahlen. Der Winterbacher Bürgermeister Sven Müller zum Beispiel sagt: Er erwarte, dass die Kosten nicht so hoch bleiben. Musikschulleiter Günther Neher habe die Aufgabe, ein neues Konzept zu finden, das für die Zukunft funktioniere. „Er steht unter Druck“, so Müller.

„Unsere Jugendmusikschule war in den letzten Jahren sehr erfolgreich, wir haben insgesamt erfolgreich gewirtschaftet – und jetzt kommt so ein Schlag ins Kontor“, sagt Müller. Der „Schlag ins Kontor“ war ein Urteil des Bundessozialgerichts, das sogenannte Herrenberg-Urteil, aus dem Sommer 2022. Das Gericht stellte fest, dass die Beschäftigung der Lehrkräfte an Musikschulen auf Honorarbasis rechtswidrig ist. Das heißt, alle Honorarkräfte müssen in sozialversicherungspflichtige Anstellungsverhältnisse überführt werden.

Musikschule braucht von Kommunen eine Million Euro

Die Jugendmusikschule Schorndorf braucht deswegen von ihren Mitgliedskommunen ab 2025 statt 600 000 Euro einen jährlichen Beitrag in Höhe von einer Million Euro. Günther Neher, Leiter der Jugendmusikschule Schorndorf und Umgebung e. V. (JMS), musste bei allen dem Verein angehörenden Kommunen – Schorndorf, Plüderhausen, Urbach, Winterbach, Remshalden, Rudersberg und Welzheim – vorstellig werden, um die Zustimmung der Gemeinderäte zur Beitragserhöhung einzuholen. Schorndorf stimmte als Erstes zu – dadurch war klar, dass die Erhöhung beschlossen war, da Schorndorf die Mehrheit hält.

Unter den Bürgermeistern habe man sich verständigt, dass man das mittrage, weil der kurzfristige Handlungsbedarf bestehe, um den Fortbestand der Musikschule zu sichern, sagt Sven Müller. „Klar ist aber auch, dass die Jugendmusikschule sich konzeptionell Gedanken machen muss, wie wir ab dem Jahr 2026 unterwegs sein müssen.“ Es gehe darum, die Qualität zu erhalten. Aber die Frage sei, ob die Kurse weiterhin in der Anzahl und Bandbreite zur Verfügung gestellt werden könnten wie bisher. „Auch verbunden mit der Frage, inwieweit der einmalig erhöhte Mitgliedsbeitrag wieder revidiert werden kann.“

Der Winterbacher Beitrag steigt demnach auf rund 70 000 Euro. Bisher, so rechnet der Winterbacher Bürgermeister, zahle man pro Schüler im Jahr einen Zuschuss von 250 Euro. Nun erhöhe sich der Betrag auf 400 Euro pro Schüler. „Das ist schon ein



Elementarunterricht, das betrachten die meisten als förderwürdig – aber Exzellenz? Da scheiden sich die Geister.

Foto: Steinemann

Wort.“ Da müsse man im Kontext der allgemeinen Vereinsförderung in Winterbach mit Blick auf andere Vereine und Institutionen „austarieren, dass das gleichberechtigt vonstattengeht“. Damit sind in Winterbach unter anderem der Musikverein Trachtenkapelle und die Freie Musikschule Engelberg gemeint.

Müller stellt klar: „Wir haben eine sehr gut funktionierende und auch erfolgreiche Jugendmusikschule, das soll auch beibehalten werden, keine Frage. Es soll aber auch kein Persilschein sein, dass die Mitgliedsbeiträge der Kommunen in der Höhe weiter so gelten.“

In Plüderhausen nahmen insgesamt 251 Kinder und Jugendliche Angebote der JMS wahr, so Neher. „Das ist ein echt hoher Anteil an der Einwohnerzahl.“ Die Bildungskooperation mit der Hohbergschule laufe gut und das Angebot der Musikgeragogik im „Haus am Brunnenrain“ sei etwas Besonderes. Und so stimme der dortige Gemeinderat der Beitragserhöhung auch mit fast vollständiger Mehrheit zu. „Es ist wichtig, dass Musiklehrer ordentlich bezahlt werden“, bemerkte Elke Mück von der Grünen Liste Umwelt. Andreas Theinert, CDU, ergänzte, „das ist ein Haufen Geld, aber Plüderhausen braucht das“. Zwar gab es auch kritische Anmerkungen, die sich aber in der Abstimmung am Ende nicht widerspiegelten. Die finanziellen Auswirkungen für Plüderhausen blieben vertraulich und kamen nicht zur Sprache.

Etwas weniger einhellig sah die Lage in Urbach aus – hier war Neher nicht persönlich erschienen. „Wir haben den Schulleiter sehr gelobt“, berichtete Bürgermeisterin

Martina Fehlren von Vorgesprächen zwischen den Bürgermeistern und dem Leiter der Musikschule. „Wir möchten das dann aber dennoch hinterfragt wissen.“ Als Beispiel nennt sie die Freie Musikschule in Urbach, die „leistet ebenfalls gute Arbeit – ohne Zuschüsse“, so Fehlren. „Ist es unser Ziel, die größte Musikschule im Land zu haben? Sollte man sich vielleicht stärker auf die Grundlagen konzentrieren?“ Aus diesem Grund habe man Günther Neher gebeten, eine Konzeption zur qualitativen und wirtschaftlichen Ausrichtung zu erstellen.

Der Zuschussbeitrag Urbachs für die derzeit 221 Kinder und Jugendlichen, die aus der Gemeinde in der JMS angemeldet sind, betrug 2023 rund 60 000 und steigt nun auf insgesamt rund 90 000 Euro pro Jahr. Detlef Holzwarth, CDU, sagte, „die CDU-Fraktion wird da jetzt nicht zustimmen!“ Er halte die Förderung für völlig unverhältnismäßig. Auch Jürgen Schlotz, SPD, sagte, die „Erhöhung ist einfach heftig. Ich lehne die Sache auch ab. Wie sieht die Zukunft aus, welche Leistung bekommen die Urbacher Kinder?“ Siegrun Burkhardt, ebenfalls SPD, brachte zwar generell die mahnende Frage ein, was wäre, „wenn die öffentliche Hand die Kunst nicht mehr fördert?“ Aber infrage stellen könne man den Leuchtturm Schorndorf schon.

Auch der Remshaldener Gemeinderat hat der Erhöhung der Beiträge, wenn auch nach längerer Diskussion, zugestimmt. Von rund 70 000 Euro steigt der Zuschuss für die Gemeinde nun auf 104 000 Euro. Grundsätzlich wünschte sich das Gremium eine höhere Transparenz darüber, wie die Gelder tatsächlich verwendet werden. Musikschul-

leiter Günther Neher in der entscheidenden Sitzung, dazu: „Sie haben bereits die absolute Transparenz, jeder Bürgermeister bekommt einen Bericht.“ Zudem könne man alle Daten jedes Jahr auf der Webseite der Musikschule abrufen.

Für ALi-Gemeinderätin Ursula Zeeb wie auch für CDU-Gemeinderat Felix Wiesner stelle sich die Frage, wie künftig mit Anfragen anderer Remshaldener Vereine nach Förderungen umzugehen sei. Zeeb erklärte, natürlich sei es auch den Gemeinderätinnen und -räten ein Anliegen, dass eine möglichst breite Masse von Kindern in Kontakt mit Musik komme. „Aber das ist viel Geld für eine freiwillige Leistung, und wir wollen nicht Spitzenleistungen von Menschen finanzieren, die es vielleicht auch privat finanzieren könnten.“

In diesem Zusammenhang mochte Neher versichern, dass die Musikvereine stark von dem Angebot der Musikschule profitierten, schließlich übernehme die Musikschule über Kooperationen zum Großteil die Ausbildung des Musikvereinsnachwuchses an den Instrumenten. Das könnten die örtlichen Vereine selbst nämlich in dieser Intensität gar nicht stemmen. Dementsprechend mochte er der Unterstellung widersprechen, dass unter den Fittichen der Jugendmusikschule Unterricht für Eliten stattfände.

„Die Leute, die es sich leisten können, haben ihren Privatunterricht.“ Diese kämen gar nicht in der Musikschule an, wo es immerhin Geschwister- und Sozialermäßigungen gebe. Im vergangenen Jahr hätten immerhin 1330 Schülerinnen und Schüler eine Ermäßigung in Anspruch genommen. 89 000 Euro habe das die Musikschule an

Einnahmen gekostet. „Nur ein paar wenige Schülerinnen und Schüler sind dann die Leistungsträger, die solo im Orchester spielen oder die bei „Jugend musiziert“ mithalten können.“ Und diese brauche es eben auch, um als Musikschule für Eltern, aber auch für potenzielle, neue Lehrkräfte interessant zu sein.

BWV-Gemeinderat Schädel dazu: „Es ist unbestritten, dass die Arbeit der Musikschule wertvoll und sie selbst eine tolle Institution ist.“ Aber es handle sich eben trotz allem um eine Freiwilligkeitsleistung, deren Kostensteigerung die Gemeinde in einer Zeit treffe, „in der wir kein Geld übrig haben“. SPD-Gemeinderat Armin Wiesner bestätigte zwar, „dass jeder Euro, den wir hier anlegen, gut investiert ist“, mochte aber auch kritisieren, dass es sich einmal mehr um neue Vorschriften handle, die die „Kommunen finanzieren sollen“.

Einstimmig beschlossen hat der Rudersberger Gemeinderat die Zuschusserhöhung: „Urteil ist Urteil“, fasst Bürgermeister Raimon Ahrens zusammen, „Rechtslage ist Rechtslage.“ Der Gemeinderat habe deutlich die wertvolle Arbeit der Jugendmusikschule gelobt, insbesondere die musikalische Früherziehung betreffend. Man habe außerdem vollstes Vertrauen in die Verantwortlichen bei der konzeptionellen Neuausrichtung. Dies auch angesichts der Sorge, dass die ein oder andere Lehrkraft verlorengehen könnte, weil sie womöglich gar nicht angestellt werden möchte.

Auch in Welzheim ging die Abstimmung einstimmig befürwortend aus – „ohne lange Diskussionen“, wie Uwe Lehar, Sprecher der Stadtverwaltung, sagte.